

Auer Tageblatt

Verlegungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbe- und die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 43.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbe- und die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 43.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1040

Nr. 151

Dienstag, den 2. Juli 1929

24. Jahrgang

Kulturbilder

Erkenne dich selbst! Aus dem Leben des Prinzen Heinrich von Preußen wird jetzt erst eine Episode bekannt, die dem Prinzen alle Ehre macht, weil sie auf eine gründliche Selbsterkenntnis schließen läßt. Admiral von Pöhl erzählt, daß die Offiziersflotte vor dem Weltkrieg einmal in zwei Teile geteilt war, von denen die erste Hälfte unter Führung des Prinzen Heinrich Kiel angriffen, die andere Hälfte dagegen diesen Kriegshafen verteidigen sollte. Diese Aufgabe war dem Admiral von Pöhl zugefallen. Abends waren die Manöver eingestellt worden. Admiral v. Pöhl fuhr nach Kiel zurück, Prinz Heinrich dagegen sollte seine Flotte für die Nacht auf, befohl jedoch, daß je zwei Schiffe beieinander bleiben sollten. Als es dunkel geworden war, ließ Admiral Pöhl mit seiner Verteidigungsflotte aus und schlug die nächsten zwei Schiffe des Angreifers, bevor Pöhl kommen konnte. Dieses Manöver wurde wiederholt, sobald Prinz Heinrich für vollkommen besieg erklärt werden mußte. Sieger und Besiegter begegneten sich einige Monate später bei einem Marinefest in Kiel. Sofort trat Prinz Heinrich auf Admiral v. Pöhl zu, schüttelte ihm kräftig die Hand und sagte: „Ich bin Ihnen zum größten Danke verpflichtet, denn Sie haben mir einen sehr großen Dienst erwiesen.“ Admiral v. Pöhl, der nicht mehr an das Manöver dachte, meinte, daß er sich nicht bewußt wäre, dem Prinzen einen Dienst geleistet zu haben. Darauf entgegnete Prinz Heinrich: „Erinnern Sie sich noch der Geschichte mit Kiel? Ich hatte gedacht, ich könnte etwas. Sie haben mir bewiesen, daß ich noch nichts kann und dafür bin ich Ihnen zu unauslöschlichem Danke verpflichtet.“

In Kanada ist jetzt ein Rechtsstreit ausgebrochen, der weit über die Grenzen dieses britischen Dominions hinaus erregt und gegenwärtig sämtliche internationale Frauenorganisationen beschäftigt. Auf Grund der kanadischen Verfassung sind die Frauen in Kanada berechtigt, zur zweiten Kammer zu wählen und gewählt zu werden. Sie besitzen also das aktive und passive Wahlrecht. Anders steht es bei den Wahlen zum Senat, in den auf Grund des geltenden Rechts nur „qualifizierte Persönlichkeiten“ gewählt werden können. Selbstverständlich wünschten dem Zuge der Zeit entsprechend auch hervorragende Führerinnen der kanadischen Frauenbewegung in den Senat zu kommen. Die Regierung von Ottawa war darüber sehr überrascht. Sie legte sich, wie aus Kanada berichtet wird, die merkwürdige Frage vor, „ob die Frauen Persönlichkeiten sind?“ Trotz reiflicher Überlegungen konnten die Regierungsjuristen in Kanada zu keinem Ergebnis kommen, sodaß jetzt das Justizkomitee des geheimen Kabinettsrats des Königs von England sich abmühen muß, auf diese schwierige Frage die richtige Antwort zu finden.

Einen anderen nieblischen Kulturbetrag erhalten wir von der Rumfront zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Die Amerikaner behaupten nämlich, daß es ihnen in den letzten Monaten gelungen ist, dem Alkoholsmuggel der Kanadier gründlich zu Leibe zu rücken. Am Erie-See freilich können noch häufig Schmugglerschiffe mit stählernen Ladungen zum Ziele, weil die amerikanischen Patrouillenboote nicht ausreichen würden. Die Amerikaner verfügen jedoch in den Gewässern an der kanadischen Grenze über 14 Patrouillenkreuzer, 14 Patrouillenboote und 25 kleinere Schnellboote, also insgesamt über 53 Schiffe, um ihre Trodenlegung zu sichern und die Angriffe der Rassen abzuwehren. Zum großen Vergnügen aller Trodenen erschien dieser Tage im Staate Texas in der Zeitung „Thornton Rustler“ das Inserat eines Friedensrichters, in dem mitgeteilt wird, daß er nach dem 1. Juli es jedermann freistellt, Whisky oder andere Alkoholen nach Herzenslust zu brauen. Der Friedensrichter fügt hinzu: „Ich selbst bin kein Wassertrinker. Mein Grobwater trank sein Gläschen, als wir mit England Krieg führten. Mein Urgroßwater war für einen guten Tropfen während unserer Selbzigkeit mit Mexiko. Ich habe mehr oder weniger selbst getrunken in drei Kriegen. Ich werde auch weiter trinken. Wir wollen gute Freunde bleiben und im übrigen unsere Pflichten erfüllen.“

Wir sind begierig, wie es dem amerikanischen Friedensrichter ergehen wird, der sich offenkundig als Richter gegen die Landesgesetze verbeigt. Die amerikanische Polizeiverwaltung hat ihre eigenen Methoden. Man hat von ihnen schon manches gehört, doch scheinen jetzt die Chinesen daran zu sein, den amerikanischen Vorprung überholen zu wollen. Aus Schanghai kommt nämlich die Meldung, daß die chinesische Polizei jetzt eine elektrische Torturmaschine für die Gefangenen in Betrieb nahm, um dem Verbrechertwesen Einhalt zu gebieten. Die mittelalterlichen Foltermaschinen scheinen dagegen Kinderspielzeuge zu sein. Die chinesische Polizei glaubte diese Maschine in Dienst stellen zu sollen, um die bewaffneten Banditen und Räuberbanden aus der Welt zu schaffen und den zunehmenden Kinderraub zu beseitigen. Die Gefangenen werden zunächst vollständig entkleidet und dann eng auf eine Bambusleiter geschnürt. Ihre Hände, die auf dem Rücken zusammengebunden sind, berühren dann die Endpole der elektrischen Torturmaschine. Der elektrische Strom, der hierauf durch die Körper der Verbrecher geschickt wird, soll auch die schlimmsten und hartgefotenen Verbrecher erweichen, ohne daß sie in der Lage wären, bei dieser Behandlung Lärm zu machen. Je nach der physischen Konstitution der Verbrecher ist die Stärke des Stromes verschieden. Chinesische Autoritäten versichern, daß dieses elektrische Folterinstrument seit Jahren in Europa und Amerika in Gebrauch ist, doch weiß bei uns jedermann, daß diese Behauptung völlig frei erfunden ist und der chinesischen Polizei lediglich als Entschuldigung vor der öffentlichen Meinung Chinas dient.

Im Gegensatz zu den Chinesen haben die guten Mailänder andere Feinde zu bekämpfen. Mit den Banditen, den Verbrechern und selbst der geheimen Mafia hat Mussolini ziemlich auf-

geräumt. Dafür sind die Italiener ihm aufrichtig dankbar. Aber die Rattenplage läßt die Mailänder nicht zur Ruhe kommen. Sie hörten zwar davon, daß im letzten Jahre in Paris ein internationaler Kongreß zur Bekämpfung des Rattenunwesens tagte, an dem sich 50 Nationen beteiligten, und wissen auch, daß nach fünftägigen Erörterungen der Kongreß beschloß, eine Internationale Liga zur Bekämpfung der Ratten zu gründen. Die lieben Mailänder wissen das alles sehr gut, der Umfang der Rattenplage veranlaßte sie jetzt aber zu dem Beschluß, nicht länger zu warten, bis die Internationale Liga zu Taten schreitet, sondern selbst den Mailänder Ratten den Krieg zu erklären. Wenn schon die Königin der Amazonas die Ratten fürchtete und bekämpfte, warum sollten die Stadtbücker von Mailand nicht diesem glänzenden Beispiele folgen? Der Rattenkrieg wurde also in der letzten Woche erklärt. Sämtliche

Hausbesitzer wurden zusammenberufen und der Bekämpfungsplan entworfen. In den Stabtrassen und Platskäulen sah man tagelang Plakate, die den Bekämpfungsplan der ganzen Bevölkerung mitteilten. Alle Mailänder wurden zu den Waffen ausgerufen, 20 000 Hausbesitzer waren gerüstet. Die Stadtoberverwaltung selbst stellte 200 000 Vögel zur Vernichtung der Ratten zur Verfügung und was für Vögel! Diese Vögel sollten die Eigenschaft haben, den Ratten und Mäusen bagegen nicht zu schaden. In allen strategischen Punkten der Stadt wurden die Vögel ausgelegt. In zwei aufeinanderfolgenden Nächten wurde das Manöver wiederholt. Am dritten Tage erschien das Kriegsbulletin. Es teilte mit, daß sämtliche Vögel von den Ratten aufgefressen wurden, aber keinerlei Verluste unter dem vermalebten Volk der Ratten festgestellt werden konnten. Auch die Mailänder Hunde und Katzen erfreuen sich nach wie vor bester Gesundheit.

London als Konferenzort

Frankreich gibt nach

Nach jahem Ringen zwischen London und Paris haben jetzt die Franzosen nachgegeben und durch ihren Botschafter Downing-Street mitteilen lassen, daß die französische Regierung bereit ist, London als Konferenzort anzunehmen. Damit wären endlich die Streitigkeiten für den Ort der Tagung der politischen Konferenz beigelegt. Der Zeitpunkt ihres Zusammentritts ist jedoch immer noch nicht festgelegt. Die englische Regierung läßt es wohl gerne, wenn die Konferenz gleich nach der Vertagung des Unterhauses, also nach dem 20. Juli beginnen würde. Es kann daher angenommen werden, daß Ende Juli die Politiker in London sich treffen, um den Young-Plan in Kraft zu setzen.

Selbstverständlich werden die Amerikaner wiederum nicht amtlich vertreten sein. Auf der letzten Londoner Konferenz begnügten sie sich mit eigenen „Beobachtern“. Nach allgemeiner Annahme wird dieses Mal Botschafter Dawes der amerikanischen Beobachter sein. Da er der Vater des Dawesplanes ist, gilt er als Fachmann auf finanzpolitischem Gebiete, sodaß mit seiner Betrauung zu rechnen ist.

Die Engländer scheinen ihre Stellungnahme in einigen Fragen bereits festgelegt zu haben. Wenn nicht alles täuscht, ist die Zurückziehung der englischen Truppen aus den besetzten Gebieten unter allen Umständen zu erwarten. Die britische Regierung hat sich auch entschlossen, gegen die Errichtung einer neuen Kontrolle in den bisher besetzten rheinischen Gebieten aufzutreten. Vermutlich wird England den Young-Plan auch nur unter der Bedingung ratifizieren, daß die Franzosen zur Ratifizierung des Churchill-Cailaux-Abkommens schreiten. Darin herrscht in der ganzen englischen Presse eine erfreuliche Einmütigkeit. Der politische Druck, der dadurch auf Frankreich ausgeübt wird, ist unverkennbar.

Ob Poincaré persönlich nach London gehen und die französischen Forderungen vertreten wird, ist sehr fraglich, man kann schon sagen, unwahrscheinlich. Sicher ist, daß Briand bereits einen Operationsplan ausgearbeitet und in London die französischen Belange zu vertreten gedenkt. Ob der deutsche Reichskanzler Hermann Müller nach London fahren wird, steht dahin, da sein Gesundheitszustand zu Bedenken Anlaß gibt, und er sich schon jetzt gezwungen sieht, in einem süd-deutschen Bade voraussichtlich in Mergentheim, Genesung von seinem Gallenleiden zu suchen. Sicher ist, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Reichsfinanzminister Dr. Silberding nach London reisen werden. Vermutlich werden auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth zu den Verhandlungen hinzugezogen werden, besonders wenn ihre Reservationsfragen auf der Tagesordnung der Londoner Konferenz stehen.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag zur Reparationsfrage

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages, der in München unter dem Vorsitz seines Präsidenten Franz von Wendelslohn zusammengesetzt ist, hat auf Grund eines umfassenden Berichtes über die Reparationsfrage, den das erste geschäftsführende Präsidialmitglied Reichsminister a. D. Pann in der Nachmittags-Sitzung erstattete, einstimmig eine Entschließung gefaßt, die die folgenden Gesichtspunkte betont:

Die Deutschland auferlegten Summen überschreiten erheblich das Maß dessen, was die deutsche Volkswirtschaft unbedingt aus eigener Kraft leisten kann. Maßnahmen, die nach dem Plan von der deutschen Volkswirtschaft die Gefahren fernhalten sollen, die die Übertragung von Zahlungen ins Ausland mit sich bringt, können ihr Ziel nur dann erreichen, wenn stets beachtet wird, daß Reparationsleistungen und Übertragungen nur aus Wirtschaftsüberschüssen durch deutsche Ausfuhr möglich sind, also auch eine gesteigerte Bereitwilligkeit der Gläubigerländer voraussetzen, deutsche Waren abzunehmen. Für die Würdigung des Planes im ganzen ist es von höchster Bedeutung, ob mit ihm die abschließende Gesamtiliquidierung des Krieges verbunden und erreicht werden wird. Eine solche Gesamtiliquidierung verlangt insbesondere, daß die Politik der Diskriminierung, der

Vänder und Kontrollen endgültig verlassen wird, d. h. vorbehaltlose Räumung des Rheinlandes, Rückgabe des Saar-gebiets, Einstellung bzw. Rückgängigmachung aller Maßnahmen zur Beschlagnahme und Liquidation deutscher Güter.

Die Entschließung weist dann darauf hin, daß die Lage von allen wirtschaftstätigen Bevölkerungsschichten besondere Anstrengungen und Opfer und pflichtbewusste Zusammenarbeit im Sinne einer sparsamen Wirtschaftsführung verlangt. Damit sei auch die entscheidende Stunde gekommen, die staatliche Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik einheitlich und folgerichtig auf die Steigerung der Produktivität unserer Gesamtwirtschaft hinzuwenden. Als Forderungen in diesem Sinne werden aufgestellt: Förderung der Kapitalanbahnung, Staats- und Verwaltungsreform mit dem Ziele der Steigerung der Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger Verbilligung, Reform der Subjektgebühren der öffentlichen Körperschaften und Reform des öffentlichen Steuerwesens.

Räumung der Koblenzer Zone am 1. September?

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Koblenz: Die Räumungsvorbereitungen der Besatzungsbehörden in Koblenz und Ehrenbreitstein scheinen sicherem Vernehmen nach doch von größerem Umfang zu sein, als es anfangs den Anschein hatte. Der kommandierende General der Besatzungstruppen im Rheinland hat alle seine Maßnahmen auf eine Räumung der Koblenzer Zone zum 1. September eingestellt. Wie wir hören, sollen bereits in den nächsten 14 Tagen zwei Regimenter in die Heimat abtransportiert werden. Es handelt sich um die beiden französischen Hauptregimenter, die in Koblenz stehen, und zwar um ein Infanterie- und ein Artillerieregiment. Für die frühzeitige Räumung der Koblenzer Zone scheint weniger der Stand der Verhandlungen um die Ratifizierung des Youngplanes als vielmehr die Tatsache maßgebend zu sein, daß die Koblenzer Zone sowieso nach dem Versailler Vertrag am 10. Januar 1930 geräumt werden mußte. Bei den nun in Fluß kommenden Räumungsvorbereitungen soll auf französischer Seite auch die rein praktische Erwägung eine Rolle spielen, daß eine Räumung der zweiten Zone bis zum 1. September die hier abrückenden Besatzungsangehörigen nicht den gleichen durch die Winterkälte bedingten Unannehmlichkeiten aussetzt, wie das bei der Umsiedlung der Besatzungstruppen der ersten Zone nach Frankreich der Fall gewesen ist.

Auch die englischen Konservativen für sofortige Rheinlandräumung

„Observer“ sagt in einem Leitartikel: Die öffentliche Meinung Englands ist bereits ungeduldig geworden. Zweifellos hat die Frage der Rheinarmee der Regierung bei den Parlamentswahlen Stimmen gekostet. Man wird sagen, daß die Frage verhängnisvoll ist und daß eine Räumung am 31. August unmöglich sei. Wir glauben das nicht. Jeden Wochen genügen bei gutem Willen vollauf, um eine Armee abzuberufen. Auf zwei Wochen früher oder später kommt es nicht an, aber es kommt darauf an, daß ein endgültiges Datum für die Zurückziehung der letzten britischen Soldaten vom Rhein festgesetzt und noch während der jetzigen kurzen Parlamentssession bekannt gegeben wird. Wir wünschen dringend, in dieser Frage mit unseren Freunden in Paris und Brüssel gemeinsam zu handeln, aber wir können nicht ihrerwillen weiterhin die tiefsten Gefühle unserer Freunde in Berlin verwunden. Großbritannien muß seine Truppen zurückziehen, wenn möglich mit Frankreich und Belgien; wenn nicht, dann allein.

Tod durch Boxkampf

In Münster hatte der Schulteller Bergmann, wie das „Tempo“ meldet, eine Sport- und Kraftschau aufgebaut. Trotz des bestehenden Verbotes rief der Schulteller zum Boxkampf auf, zu dem sich ein Münsteraner meldete. Er erhielt im Laufe des Kampfes einen unglücklichen Stoß in die Lebergegend und starb an dieser Verletzung.